

Dr. Franz H. Berger, SPD Regionalzentrum Ost, Eisenbahnstr. 9, 15517
Fürstenwalde / Spree



DGB Ostbrandenburg
Per Mail

Dr. Franz H. Berger
Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

Fragen Katalog DGB Ostbrandenburg

29.08.2017

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie ihre beantworteten Fragen.

Für Rückfragen und weitere Gespräche stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Franz H. Berger



1) Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz in Deutschland?

Zu aller erst wollen wir dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland mit den fortschreitenden Anforderungen der modernen Arbeitswelt weiter mithalten können. Deshalb schaffen wir ein Recht auf Weiterbildung. Die Beschäftigten sollen nicht nur, aber besonders dann, wenn sie drohen arbeitslos zu werden, eine solide Beratung und Weiterbildungsangebote erhalten. Für diejenigen, die dennoch ihre Arbeitsstelle verlieren, schaffen wir ein neues Arbeitslosengeld Q (ALG Q), das gezielt die Qualifikation und Weiterbildung der Arbeitssuchenden zum Ziel hat. Zudem wollen wir mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gezielt die Frauenerwerbsquote steigern. Letztendlich werden wir aber mit diesen Maßnahmen den sich weiter abzeichnenden Facharbeitermangel nicht gänzlich beseitigen können. Wir werden also auch in Zukunft (und zwar verschärft angesichts der Demografischen Entwicklung) um Fachkräfte aus dem Ausland bemühen müssen. Um auf dem großen Arbeitsmarkt mit anderen Volkswirtschaften konkurrieren zu können, brauchen wir endlich ein Einwanderungsgesetz, mit dem wir verständlich für die Betriebe in Deutschland, wie auch für potentielle Bewerber im Ausland die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Mit unserem Einwanderungsgesetz wollen wir ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen, das Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden.

2) Welche Lösungsansätze /- vorschläge sehen Sie zur Integration von Flüchtlingen?

Deutschland steht vor einer doppelten Integrationsherausforderung: die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge stärken und gleichzeitig den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft sichern und stärken. Wir wollen dafür die Voraussetzungen schaffen und vor allem in Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Gesundheit investieren. Frühe Förderung ist für bessere Teilhabe-Chancen besonders wichtig. Die Integrationsarbeit muss schon in der Erstaufnahme beginnen. Integration ist ein auch Prozess, der auf Gegenseitigkeit beruht. Wir setzen nicht nur auf die Integrationsbereitschaft der Eingewanderten und ihren Willen, gemeinsam mit uns in einer Gesellschaft zu leben. Wir fordern diese Bereitschaft auch ein. Wegen seines Einwanderungshintergrundes darf niemand schlechtere Chancen haben, das ist für uns eine sozial gerechte Gesellschaft. Für frühe Förderung werden wir die verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkurse ausbauen, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote.

Frühe Förderung beginnt auch damit, dass allen Kindern, auch Kindern aus Einwanderer- und Flüchtlingsfamilien, der Besuch einer Kita ermöglicht

Dr. Franz H. Berger

Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de

wird. Kitas sind – ausgestaltet als Familienzentren - der erste Berührungspunkt mit dem Bildungssystem und sollen in Zukunft allen Familien Orientierung und Unterstützung beim Zugang zu Sprachkursen, Bewerbungstrainings oder Jobbörsen bieten. Wir wollen das Ganztagschulprogramm zunächst im Grundschulbereich ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Auch die Berufsschulen in ihrer Brückenfunktion für Spracherwerb und erste praktische Erfahrungen werden wir stärken. Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen und Ausbildungsprogrammen mit Schwerpunkt auf Sprachförderung verbessern. Wir wollen den Anteil von Studierenden mit Einwanderungshintergrund an Universitäten und Fachhochschulen weiter steigern. Dafür setzen wir auf ein starkes BAföG – auch für Menschen mit Aufenthaltsgestattung und guter Bleibeperspektive. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder, die hier erfolgreich ein Studium absolviert hat, einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhält, um so eine sichere Zukunftsperspektive für ausländische Studierende zu schaffen.

3) Können Sie sich vorstellen, dass Bildung als übergreifendes Thema gestaltet wird und nicht nur Ländersache bleibt?

Ja, auf jeden Fall. Ich und die SPD fordern kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master. Dafür müssen wir das überholte Kooperationsverbot endlich abschaffen und Bildung zur Bundessache. Wir brauchen eine nationale Bildungsallianz, für die beste Bildung die unsere Kinder bekommen können.

4) Was sollte sich Ihrer Meinung nach ändern, um den Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen in Deutschland und ganz speziell hier in der Region zu begegnen?

Unser Ziel ist es, die duale Ausbildung (z.B. in der Stahlindustrie für den Standort Eisenhüttenstadt) zu modernisieren und attraktiver zu machen. Schon in der Schule muss eine gezielte Berufs- und Studienorientierung stattfinden und Jugendberufsagenturen flächendeckend etabliert werden. Wir werden die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ fortführen und Instrumente wie die „Assistierte Ausbildung“ bundesweit ausbauen. Mit einem Pakt von Bund, Ländern und Unternehmen wollen wir die Ausstattung der Berufsschulen modernisieren und für genügend gute Lehrkräfte sorgen. Wir werden das Berufsbildungsgesetz novellieren und dabei die Ausbildungsqualität stärken und eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 entwickeln. Duale Studiengänge werden wir bundesweit vergleichbarer machen und Qualitätskriterien definieren. Der Meister wird mit uns für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebührenfrei sein.

5) Wie kann der Generationsvertrag im deutschen Rentensystem erhalten bleiben?

Zunächst gilt es der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, einem Fachkräftemangel vorzubeugen und das Verhältnis von Beitragszahlenden und Rentenempfängern positiv zu beeinflussen. Dafür wird es auch auf eine



Dr. Franz H. Berger

Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de

erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und eine systematisch gesteuerte Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz ankommen. Den Rahmen für diese und andere Maßnahmen muss dabei eine wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen, die die notwendigen Investitionen ermöglicht. Dazu gehört vor allem die Nutzung der Chancen, die sich durch die Digitalisierung ergeben. Mit einer weiteren Stärkung der Tarifbindung, einem Pakt für anständige Löhne (insbesondere im Dienstleistungsbereich) und einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive werden wir die Weichen für eine gute Lohnentwicklung in der Zukunft stellen. Der SPD ist der Zusammenhalt der Gesellschaft durch ein solidarisches System der Alterssicherung ein Herzensanliegen. Damit sorgen wir auch für eine Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung bei jüngeren Menschen. Denn nur wenn sich auch die jeweils junge Generation glaubhaft darauf verlassen kann, dass auch sie eine auskömmliche Rente bekommt, wird ein neuer Generationenvertrag dauerhaft tragen. Die Finanzierung wird gerecht, solidarisch und paritätisch erfolgen. Bisherige und künftige gesamtgesellschaftliche Aufgaben, welche von der Rentenversicherung bewältigt werden, sind konsequent aus Steuermitteln zu decken, dazu gehören die Ausgaben für die Mütterrente, die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern, sowie die Finanzierung der künftigen Solidarrente für langjährig Versicherte. Die Stabilisierung des Rentenniveaus erfordert erhebliche Mittel und wird neben moderat höheren Beiträgen ebenfalls durch einen höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung und einen neuen Demografiezuschuss finanziert.

6) Was müsste sich beim Thema Pflege verändern, um Pflege – Finanzierung und personelle Ausstattung zukunftssicher zu gestalten?

Menschen, die in Gesundheits-, Pflege-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die soziale Dienstleistungen gestärkt werden. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal ein. Deshalb wollen wir verbindliche Personalstandards umsetzen. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

Wir werden die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und Pflegefachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und geschlechtersensible Pflege. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger und Beschäftigte in der Pflege leisten



Dr. Franz H. Berger

Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de

eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales notwendig.

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Wie die Gesundheitsfachberufe auch, übernehmen die Pflegefachberufe zentrale Aufgaben in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden sie deshalb weiterentwickeln

7) Was verstehen Sie unter Steuergerechtigkeit?

Für mich bedeutet Steuergerechtigkeit, dass alle einen angemessenen Beitrag leisten. Nach dem Prinzip „Starke Schultern können schwer tragen“.

Das bedeutet für mich zum Beispiel, dass besonders Geringverdiener und Familien entlastet werden.

Außerdem muss „Steuroptimierung“ auf internationaler Ebene ein Riegel vorgeschoben werden. Gewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Es kann nicht sein, dass der Bäcker um die Ecke mehr Steuern zahlt als ein Großkonzern wie Apple, Amazon oder IKEA.

8) Schauen wir mal in die Zukunft: Wie wird aus Ihrer Sicht Deutschland und Europa sich entwickeln?

Ein einfaches, ambitionsloses „Weiter-so“ reicht europapolitisch nicht aus. Wir brauchen mehr Zusammenhalt und den Mut, die europäische Einheit und Solidarität auch dann zu verteidigen, wenn es Gegenwind gibt und sie politisch angegriffen wird. Deshalb sagen wir: Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die Menschen und ihre Alltagsorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne ihre Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den Menschen Sicherheit gibt.

Mehr Investitionen: Wir wollen Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen, indem wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa bekämpfen. Deshalb brauchen wir ein breit angelegtes Investitionsprogramm: Mit Zukunftsinvestitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Eine reine Sparpolitik schafft keine Zukunft.



Dr. Franz H. Berger

Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de

Für ein soziales Europa: Europa ist auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn es gerecht zugeht: wenn überall faire Löhne gezahlt werden und wenn wir dafür sorgen, dass jeder vom Fortschritt profitiert. Wir wollen insbesondere auch für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Unternehmen sollen dort Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften – nicht da, wo sie am meisten in die eigene Tasche stecken können. Damit nicht weiterhin jeder Bäcker bei uns mehr Steuern zahlt als mancher internationale Großkonzern.

Ein starkes Europa in der Welt: Europa sichert unseren Frieden. Wir wollen ein Europa, das in Zukunft, auf Abrüstung, Entspannung und auf die friedliche Lösung von Konflikten setzt. Ein Europa, das Hunger und Armut in der Welt bekämpft und für gerechte Entwicklung und Menschenrechte weltweit eintritt. Und ein Europa, das den Klimaschutz ernst nimmt und Umweltschutz zum europäischen Markenzeichen macht. So sichern wir auch den Frieden bei uns. Deshalb wollen wir die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik voranbringen.



Dr. Franz H. Berger

Bundestagskandidat

SPD Regionalzentrum Ost
Eisenbahnstraße 9
15517 Fürstenwalde

kontakt@franz-berger.de
www.franz-berger.de